Gesetz

vom 13. November 1996

über die Beschäftigung und die Arbeitslosenhilfe (BAHG)

Der Grosse Rat des Kantons Freiburg

gestützt auf das Bundesgesetz vom 6. Oktober 1989 über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (AVG);

gestützt auf das Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG);

nach Einsicht in die Botschaft des Staatsrates vom 20. August 1996;

auf Antrag dieser Behörde,

beschliesst:

1. KAPITEL

Allgemeine Bestimmungen

1. ABSCHNITT

Gegenstand und Geltungsbereich

Art. 1 Gegenstand

Gegenstand dieses Gesetzes ist:

- a) die Regelung der Anwendung des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (AVG) und des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG);
- b) die Einführung kantonaler Massnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung der Stellensuchenden, die keine Leistungen gemäss AVIG beanspruchen können;
- c) die Einführung von Massnahmen zur Verbesserung des Arbeitsmarktes.

Art. 2 Geltungsbereich

¹ Dem Gesetz unterstellt sind:

- a) die im Kanton wohnhaften Stellensuchenden und Arbeitslosen;
- b) die Arbeitgeber mit Wohnsitz, Sitz, Filiale oder Niederlassung im Kanton;
- c) die privaten Arbeitsvermittler und Personalverleiher mit Sitz oder Filiale im Kanton.

² Die Begriffe « Stellensuchender » und « Arbeitsloser » sind grundsätzlich auf Frauen und Männer anwendbar.

2. ABSCHNITT**Vollzugsbehörden****Art. 3** Staatsrat

¹ Der Staatsrat übt die Oberaufsicht über die Anwendung dieses Gesetzes aus.

² Er erlässt die Vollzugsbestimmungen. Er kann diese Befugnis, vor allem den Erlass von Organisationsreglementen der Vollzugsbehörden, der Direktion, die für die Beschäftigungspolitik und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuständig ist, übertragen.

³ Er ernennt die Mitglieder der kantonalen Arbeitsmarktkommission.

Art. 4 Volkswirtschafts-, Verkehrs- und Energiedirektion

Die Direktion, die für die Beschäftigungspolitik und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuständig ist¹⁾ (Direktion):

- a) koordiniert die Massnahmen, die zur Verbesserung des Arbeitsmarktes und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffen werden;
- b) gewährt die Beiträge im Sinne dieses Gesetzes;
- c) nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die ihr dieses Gesetz zuweist.

¹⁾ Heute: Volkswirtschaftsdirektion.

Art. 5

...

Art. 6 Amt
a) Aufbau

¹ Die zuständige kantonale Amtsstelle im Sinne des AVIG ist das Amt für den Arbeitsmarkt (das Amt).

² Es umfasst insbesondere die regionalen Arbeitsvermittlungszentren, die Logistik der arbeitsmarktlichen Massnahmen und die tripartiten Kommissionen.

³ Der Staatsrat bestimmt die Organisation des Amtes.

Art. 7 b) Befugnisse

¹ Das Amt ist verantwortlich für den Vollzug der Bestimmungen des AVG und des AVIG.

² Es hat insbesondere folgende Befugnisse:

- a) Es leitet die regionalen Arbeitsvermittlungszentren gemäss Artikel 119a AVIG.
- b) Es sorgt für den Vollzug des Leistungsauftrages des Bundes an die regionalen Arbeitsvermittlungszentren und die Logistik der arbeitsmarktlichen Massnahmen.
- c) Es koordiniert und genehmigt die Tätigkeit der regionalen Arbeitsvermittlungszentren und der Arbeitsämter und erlässt die Weisungen für den Vollzug.
- d) ...
- e) Es koordiniert und überwacht sämtliche arbeitsmarktlichen Massnahmen.
- f) Es sorgt für eine wirksame Zusammenarbeit insbesondere:
 1. zwischen den für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung zuständigen Organen,
 2. mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen sowie mit anderen Berufsorganisationen und Fachverbänden,
 3. mit den privaten Arbeitsvermittlern und Personalverleihern,
 4. mit anderen interessierten Organisationen, insbesondere im Bereich der Sozialhilfe, der Berufsberatung und der Invalidenversicherung;
- g) Es nimmt die Aufgaben nach Artikel 85 AVIG wahr, die nicht in die Zuständigkeit der regionalen Arbeitsvermittlungszentren fallen.

³ Es nimmt alle Aufgaben wahr, die nicht ausdrücklich einer anderen Behörde zugewiesen werden.

Art. 8 Koordinationszentrum für aktive arbeitsmarktliche Massnahmen

...

Art. 9 Regionale Arbeitsvermittlungszentren
a) Errichtung

¹ Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren (regionale Zentren) werden gemäss den Bestimmungen des AVIG errichtet.

² Der Staatsrat kann nach Anhören der kantonalen Arbeitsmarktkommission und der betroffenen tripartiten Kommissionen ein oder mehrere regionale Zentren redimensionieren oder zusammenlegen.

Art. 10 b) Befugnisse

¹ Das regionale Zentrum steht den Stellensuchenden und den Arbeitslosen sowie den Unternehmen, die Personal suchen, zur Verfügung.

² Es berät die Stellensuchenden. Es gewährleistet den ständigen Kontakt mit den Arbeitgebern.

³ Das regionale Zentrum vollzieht den Leistungsauftrag des Bundesamtes für Wirtschaft und Arbeit. Es ist insbesondere zuständig dafür:

- a) den Stellensuchenden und Arbeitslosen Arbeit zu vermitteln und die von den Arbeitgebern gemeldeten freien Stellen wieder zu besetzen;
- b) die Stellensuchenden und Arbeitslosen bei der Arbeitssuche zu beraten;
- c) die Betroffenen den arbeitsmarktlichen Massnahmen zuzuweisen, die geeignet sind, eine rasche und dauerhafte Wiedereingliederung zu begünstigen;
- d) Arbeitgeber, Stellensuchende und Arbeitslose zu kontrollieren, um Missbräuche zu bekämpfen;
- e) auf Missbräuche seitens der Unternehmen, der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und der nicht auf Gewinn ausgerichteten Institutionen hinzuweisen.

⁴ Das regionale Zentrum sorgt für eine wirksame Zusammenarbeit mit seiner tripartiten Kommission und den betroffenen Kreisen der Region.

⁵ Es koordiniert seine Tätigkeit mit den Sozialdiensten im Bezirk, um die Vermittlung von Stellensuchenden zu erleichtern. Der Inhalt und die Modalitäten dieser Zusammenarbeit werden in einer Vereinbarung geregelt.

⁶ Es kann die paritätische Bezirkskommission im Sinne des Sozialhilfegesetzes anrufen, um allfällige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sozialpartnern und Personalberatern bei der Übergabe eines Falls zu schlichten.

⁷ Es koordiniert seine Tätigkeit mit den Berufsberatungsstellen, um die berufliche Eingliederung von Stellensuchenden zu erleichtern, insbesondere wenn eine berufliche Neuorientierung nötig ist.

Art. 11 Arbeitsämter
 a) Organisation

¹ Jede Gemeinde führt ein Gemeindearbeitsamt.

² Die Gemeinden können sich gemäss der Gesetzgebung über die Gemeinden zusammenschliessen, um ein interkommunales Arbeitsamt zu errichten. Sie informieren das Amt darüber.

Art. 12 b) Befugnisse

Die Arbeitsämter haben folgende Befugnisse:

- a) Sie tragen die Stellensuchenden ein und weisen sie dem zuständigen regionalen Zentrum zu.
- b) Sie arbeiten mit dem Amt und den nicht auf Gewinn ausgerichteten Institutionen zusammen, um genügend Arbeitsplätze und arbeitsmarktliche Massnahmen zur Verfügung stellen zu können.

Art. 13 Tripartite Kommissionen

¹ Der Staatsrat bezeichnet die Mitglieder der in Artikel 85c AVIG vorgesehenen tripartiten Kommissionen.

² Er legt die Zahl der tripartiten Kommissionen nach Anhören der Sozialpartner fest.

³ Ein Reglement legt ihre Organisation und ihre Befugnisse fest.

Art. 14 Kantonale Arbeitsmarktkommission

¹ Es wird eine beratende kantonale Arbeitsmarktkommission (Kommission) geschaffen; sie nimmt Stellung zu Fragen der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit.

² Ihr Präsident ist der Direktionsvorsteher.

³ Sie setzt sich zusammen aus:

- a) einem Vertreter der Freiburgischen Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskammer;

- b) einem Vertreter des Verbandes der christlichen Gewerkschaften;
- c) einem Vertreter des kantonalen Gewerbeverbandes;
- d) einem Vertreter des Freiburger Gewerkschaftsbundes;
- e) zwei Vertretern des Amtes;
- f) einem Vertreter des Amtes für Bevölkerung und Migration;
- g) einem Vertreter der für die Sozialhilfe zuständigen Direktion¹⁾;
- h) einem Vertreter des Freiburger Gemeindeverbandes;
- i) einem Vertreter der Organisatoren von arbeitsmarktlichen Massnahmen;
- j) einem Vertreter der privaten Arbeitsvermittler;
- k) einem Vertreter der landwirtschaftlichen Kreise;
- l) einem Vertreter der Öffentlichen Arbeitslosenkasse;
- m) einem Vertreter der Arbeitslosenvereinigung des Kantons Freiburg.

⁴ Das Reglement bestimmt ihre Organisation und ihre Befugnisse.

¹⁾ Heute: *Direktion für Gesundheit und Soziales*.

2. KAPITEL

Anwendungsbestimmungen zur Bundesgesetzgebung

1. ABSCHNITT

Anwendung des AVG

Art. 15 Private Arbeitsvermittlung

¹ Das Amt ist zuständig für die Erteilung, die Änderung und den Entzug der Bewilligungen für die private Arbeitsvermittlung und den Personalverleih.

² Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber können beim Amt Ratschläge einholen und Klagen einreichen.

Art. 16 Zivilrechtliche Streitigkeiten

¹ Für Streitigkeiten, in denen sich entweder der Vermittler und der Stellensuchende wegen des Vermittlungsvertrags oder der Verleiher und der Arbeitnehmer wegen des Arbeitsvertrags gegenüberstehen, sind die ordentlichen Gerichte zuständig. Diese Streitsachen kommen jedoch vor das Gewerbegericht, wenn der Streitwert 30 000 Franken nicht übersteigt.

² Das Verfahren vor dem ordentlichen Richter richtet sich nach der Zivilprozessordnung. Das Gesetz über die Gewerbegerichtsbarkeit kommt bei Zivilstreitigkeiten zur Anwendung, deren Streitwert 30 000 Franken nicht übersteigt.

³ Die zwingenden Vorschriften des Bundesrechts über den Gerichtsstand, die Feststellung des Sachverhalts und die Beweiswürdigung bleiben vorbehalten.

Art. 17 Entlassungen

¹ Die Arbeitgeber melden dem Amt die Massenentlassungen und die Betriebsschließungen nach den Artikeln 29 AVG und 53 der Verordnung des Bundesrates vom 16. Januar 1991 über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (AVV), sobald sechs Arbeitnehmer betroffen sind.

² Die einschlägigen Bestimmungen des Obligationenrechts bleiben vorbehalten.

³ Das Reglement regelt das Meldeverfahren.

Art. 18 Freie Stellen

¹ Bei andauernder erheblicher Arbeitslosigkeit kann der Staatsrat auf Ersuchen der betroffenen tripartiten Kommission und nach Anhören der Kommission vorsehen, dass die freien Stellen in den besonders betroffenen Branchen, Berufen oder Regionen dem zuständigen regionalen Amt gemeldet werden müssen.

² Die Stellen, für die der Arbeitgeber die Zuteilung von Personal aus dem Ausland fordert, müssen in jedem Fall gemeldet werden.

2. ABSCHNITT

Anwendung des AVIG

Art. 19 Öffentliche Arbeitslosenkasse

¹ Der Staat führt eine öffentliche Arbeitslosenkasse im Sinne von Artikel 77 AVIG. Sie trägt die Bezeichnung Öffentliche Arbeitslosenkasse des Kantons Freiburg (die Öffentliche Kasse).

² Die Öffentliche Kasse ist eine autonome Institution ohne Rechtspersönlichkeit, die administrativ der Direktion angegliedert ist.

³ Die Geschäftsführungsprüfung, die Revision der Auszahlungen und die Aufsicht erfolgen gemäss den Artikeln 83 Abs. 1 Bst. c und d, 110 und 111 AVIG.

Art. 20 Informationssystem

Das Amt und die regionalen Zentren besorgen die elektronische Erfassung und Nachführung der Daten des Informationssystems des Bundes (AVAM) im Kanton.

Art. 21 Feiertage

Zusätzlich zu Artikel 19 AVIG anerkennt der Kanton folgende Feiertage: Karfreitag, Fronleichnam, Maria Himmelfahrt, Allerheiligen und Maria Unbefleckte Empfängnis.

3. KAPITEL**Ergänzende kantonale Massnahmen zur beruflichen****Wiedereingliederung****Art. 22** Art der Massnahmen

¹ Der Staat bietet Massnahmen (kantonale Massnahmen) zur beruflichen Wiedereingliederung von Stellensuchenden und Arbeitslosen an.

² Die kantonalen Massnahmen stellen keine Leistungen im Sinne des Sozialhilfegesetzes dar und sind subsidiär zu den Leistungen nach Bundesgesetzgebung.

³ Die Massnahmen im Sinne dieses Kapitels werden gemäss denselben qualitativen Grundsätzen bewilligt wie die Massnahmen für Arbeitslose, die von der Arbeitslosenversicherung entschädigt werden, sind aber für jedes regionale Zentrum kontingentiert.

Art. 23 Anspruchsberechtigung

¹ Anspruchsberechtigt sind Stellensuchende, die:

- a) bei einem regionalen Zentrum angemeldet sind;
- b) vermittlungsfähig sind (Art. 15 AVIG);
- c) das regionale Zentrum einmal pro Monat für ein Beratungsgespräch aufsuchen und persönlich Arbeit suchen;
- d) Schweizer Bürger sind oder über eine Niederlassungsbewilligung (C) oder eine Aufenthaltsbewilligung (B) verfügen, die in eine Niederlassungsbewilligung umgewandelt werden kann;
- e) den Nachweis erbringen, dass sie seit mindestens einem Jahr im Kanton wohnhaft sind und auch tatsächlich da wohnen;

- f) mindestens 18 Jahre alt sind und noch nicht das Alter erreicht haben, das zum Bezug einer AHV-Rente berechtigt;
- g) aufgrund einer erfüllten Beitragszeit im Sinne des Artikels 13 AVIG Leistungen der Arbeitslosenversicherung des Bundes bezogen haben.

² Die Anspruchsberechtigten können eine kantonale Massnahme beanspruchen, wenn sie mindestens drei Monate beim regionalen Zentrum eingetragen sind.

³ ...

⁴ Das Reglement kann von der Bestimmung, wonach die Anspruchsberechtigten seit einem Jahr im Kanton wohnhaft sein und tatsächlich da wohnen müssen, insbesondere aus Gründen der Gleichbehandlung Ausnahmen vorsehen.

Art. 24 Einstellung der Anspruchsberechtigung

¹ ...

² Wer eine von der zuständigen Amtsstelle angeordnete Massnahme ablehnt oder sich nicht beim regionalen Zentrum für das monatliche Beratungs- oder Kontrollgespräch meldet, wird in seiner Anspruchsberechtigung eingestellt, es sei denn, die Massnahme sei unverhältnismässig.

³ Der Leistungsanspruch wird mit Wirkung auf den Tag, an dem der Anspruchsberechtigte die Massnahme schriftlich annimmt, wiederhergestellt.

Art. 25 Art der Leistungen

¹ Der Staat bietet die folgenden kantonalen Massnahmen an:

- a) Abklärung der beruflichen Fähigkeiten sowie Betreuung durch die regionalen Zentren;
- b) Qualifizierungsprogramme bei Unternehmen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und nicht auf Gewinn ausgerichteten Institutionen.

² Die Leistungen gemäss Absatz 1 Bst. b werden höchstens für ein Jahr gewährt (kantonale Rahmenfrist).

³ Nach Ablauf der kantonalen Rahmenfrist können erst nach einer Wartezeit von zwei Jahren wieder Leistungen beansprucht werden.

Art. 26 und 27

...

Art. 28 Betreuung der Anspruchsberechtigten

a) Regionales Zentrum

¹ Das zuständige regionale Zentrum klärt die beruflichen Fähigkeiten der Anspruchsberechtigten ab, berät sie, kontrolliert sie und vermittelt sie gemäss den für die dem Bundesrecht unterstellten Stellensuchenden vorgesehenen Modalitäten.

² ...

Art. 29 b) Koordinationszentrum

¹ Das Amt sorgt für ein Massnahmenangebot, das den Bedürfnissen der Stellensuchenden entspricht, und gewährleistet die Logistik.

² Zu diesem Zweck legt das Reglement die Höchstzahl von kantonalen Massnahmen fest, die realisiert werden können.

Art. 30 Qualifizierungsprogramme

a) Begriff

¹ Das regionale Zentrum kann Anspruchsberechtigte, die besonders betreut werden müssen, in Qualifizierungsprogramme vermitteln.

² Ein Qualifizierungsprogramm besteht aus einer befristeten Beschäftigung zur Qualifizierung bei einem Unternehmen, einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft oder einer nicht auf Gewinn ausgerichteten Institution.

Art. 31 b) Pflichten der Programmanbieter

¹ Die Anbieter von Qualifizierungsprogrammen verpflichten sich, Stellensuchende am Arbeitsplatz auszubilden und ihren Bedürfnissen entsprechend zu betreuen.

² Die Anbieter von Qualifizierungsprogrammen übernehmen die Betreuungskosten; private Unternehmen zahlen zusätzlich 20 bis 75 % des vom Amt festgelegten Lohns.

³ Nicht auf Gewinn ausgerichtete Institutionen können von der Übernahme der Betreuungskosten entbunden werden, wenn die Betreuung von einer stellensuchenden Person geleistet wird, die ihrerseits an einem Beschäftigungsprogramm oder einem Qualifizierungsprogramm teilnimmt.

⁴ Das Reglement legt die Lohnskala für die Stellensuchenden sowie die Kriterien zur Festlegung des Beitrags der Anbieter fest.

Art. 32 c) Anforderungen an Unternehmen

¹ Ein Unternehmen kann Qualifizierungsprogramme durchführen, wenn es:

- a) in den letzten 18 Monaten keine Angestellten aus wirtschaftlichen Gründen entlassen hat;
- b) sich an Gesamt- und Normalarbeitsverträge hält und berufs- und ortsübliche Arbeitsbedingungen bietet.

² Das Reglement bestimmt, wie viele Programme ein Unternehmen durchführen darf, und regelt den Vollzug.

Art. 33

...

Art. 34 Zuständige Behörde

Das regionale Zentrum ist die für die Gewährung der kantonalen Massnahmen zuständige Behörde.

Art. 35-38

...

4. KAPITEL

Verschiedene Bestimmungen

1. ABSCHNITT

Finanzierung

Art. 39 Kantonaler Beschäftigungsfonds

¹ Der Staat Freiburg verwaltet einen kantonalen Beschäftigungsfonds (Beschäftigungsfonds). Das Kapital und die Erträge dieses Fonds werden verwendet:

- a) für die Finanzierung der kantonalen Massnahmen;
- b) für die Finanzierung des Anteils des Kantons an den ersatzweise auszurichtenden Taggeldern (Art. 72a Abs. 4 AVIG);
- c) für die Finanzierung der kantonalen Beteiligung an den arbeitsmarktlichen Massnahmen des Bundes (Art. 72c Abs. 2 AVIG);
- d) für die Finanzierung oder Mitfinanzierung von Forschungsprojekten über den Arbeitsmarkt;

e) für die Finanzierung der Investitions- und Verwaltungskosten der regionalen Zentren und des Amtes sowie der Öffentlichen Kasse, unter Vorbehalt der Bundesbeiträge.

² Der Fonds wird gespeist:

a) durch eine in den Voranschlag des Staates aufgenommene Zahlung, deren Höhe mindestens dem Beitrag der Gemeinden nach Buchstabe c entspricht;

b) durch die Kapitalzinsen;

c) durch einen Beitrag der Gemeinden in der Höhe von 15 Franken pro Einwohner.

³ Der Staatsrat kann den Beitrag der Gemeinden je nach den Bedürfnissen des Beschäftigungsfonds senken oder auf höchstens 20 Franken pro Einwohner erhöhen.

Art. 40 Staatsgarantie

¹ Der Staat wacht darüber, dass der Beschäftigungsfonds die Ausgaben nach Artikel 39 Abs. 1 während mindestens sechs Monaten deckt.

² Andernfalls richtet er einen ergänzenden Beitrag aus.

2. ABSCHNITT

Rechtsmittel

Art. 41 Grundsatz

Die Verfügungen, die in Anwendung dieses Gesetzes getroffen werden, sind unter dem Vorbehalt der folgenden Bestimmungen nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege mit Beschwerde anfechtbar.

Art. 42 Arbeitslosenversicherung und kantonale Massnahmen

¹ Die Verfügungen der Arbeitsämter sind innerhalb von zehn Tagen durch Beschwerde an das Amt anfechtbar.

² Die in Anwendung des AVIG erlassenen Verfügungen des Amtes für den Arbeitsmarkt und der regionalen Arbeitsvermittlungszentren sind innerhalb von 30 Tagen durch Einsprache an das Amt für den Arbeitsmarkt anfechtbar.

^{2bis} Die in Anwendung des AVIG erlassenen Verfügungen der Arbeitslosenkassen sind innerhalb von 30 Tagen durch Einsprache an die Arbeitslosenkassen anfechtbar.

^{2ter} Der gemäss den vorangehenden Absätzen erlassene Einspracheentscheid ist innert 30 Tagen durch Beschwerde an das Kantonsgericht anfechtbar.

³ Die Artikel 100–103 AVIG bleiben vorbehalten.

Art. 43 Ausländische Arbeitskräfte

...

3. ABSCHNITT

Pflichten

Art. 44 Auskunftspflicht

¹ Die Verwaltungsbehörden des Staates geben die Auskünfte und Dokumente, die die Vollzugsbehörden bei ihnen verlangen, kostenlos ab.

² Die Auskunftspflicht gilt auch für alle, die die Dienste dieser Behörden in Anspruch nehmen.

Art. 45 Schweigepflicht

Die Personen, die am Vollzug dieses Gesetzes beteiligt sind, müssen Dritten gegenüber Stillschweigen bewahren über die Informationen, die sie in Ausübung ihrer Funktion erhalten.

4. ABSCHNITT

Strafbestimmungen

Art. 46

¹ Wer durch unwahre oder unvollständige Angaben oder in anderer Weise zu Unrecht Leistungen erwirkt;

wer die Auskunftspflicht verletzt, indem er wissentlich ungenaue Angaben macht oder die Auskunft verweigert;

wer die Schweigepflicht verletzt;

wer als Vollzugsorgan seine Pflichten verletzt, um dadurch sich selbst oder einem anderen einen unrechtmässigen Vorteil zu verschaffen;

wird, sofern nicht ein mit einer höheren Strafe bedrohtes Verbrechen oder Vergehen des Schweizerischen Strafgesetzbuches oder der besonderen Bundesgesetzgebung vorliegt, mit Busse bis zu 10 000 Franken bestraft.

² Die Strafbehörden stellen dem Amt eine Kopie der entsprechenden Urteile zu.

5. KAPITEL

Schluss- und Übergangsbestimmungen

Art. 47 Anspruch auf kantonale Massnahmen

¹ Für die Bestimmung des Anspruchs auf kantonale Massnahmen sind massgebend:

- a) die beim Inkrafttreten des Gesetzes laufenden Rahmenfristen;
- b) die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes erfüllte Dauer des Wohnsitzes und der Stellensuche.

² Es werden jedoch keine Leistungen rückwirkend ausbezahlt.

Art. 48 Kantonaler Beitrag

Der Beitrag der Gemeinden wird erstmals in dem Jahr erhoben, in welchem der Staat einen Beitrag in gleicher Höhe zahlt.

Art. 49 Aufhebung bisherigen Rechts

Das Gesetz vom 7. Oktober 1992 über die Beschäftigung und die Arbeitslosenhilfe (SGF 866.1.1) wird aufgehoben.

Art. 50 Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Finanzreferendum.

² Der Staatsrat wird mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragt.

³ Er bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.¹⁾

¹⁾ Datum des Inkrafttretens: 1. Januar 1998, mit Ausnahme der Artikel 22-34, die rückwirkend auf den 1. Januar 1997 in Kraft gesetzt worden sind (StRB 28.10.1997).

Genehmigung

Dieses Gesetz ist vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement am 24.9.1997 genehmigt worden.

Folgende Änderungen sind genehmigt worden:

1. Gesetz vom 27.11.1998, vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement genehmigt am 17.2.1999
2. Gesetz vom 14.11.2002, vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement genehmigt am 30.12.2002